



ver.di-Kongress 2011

Diskutieren, wählen, Beschlüsse fassen: Alle vier Jahre führt ver.di einen Kongress durch, um die politischen Inhalte für die kommenden Jahre zu bestimmen. Dazu trafen sich vom 17. bis 24. September über eintausend TeilnehmerInnen in Leipzig. Aus Sicht des Fachbereichs TK/IT/DV verlief der ver.di-Kongress sehr positiv. Über 60 Delegierte aus dem Fachbereich waren anwesend (siehe Foto). Ein Antrag des Fachbereichs zur Frage über die Ausrichtung bei der Diskussion um die Netzneutralität ging im Kongress glatt durch.

Sehr erfreulich waren auch die Wahlergebnisse: Fachbereichsleiter Lothar Schröder wurde als Mitglied des Bundesvorstandes mit einem sehr gutem Wahlergebnis von 92,3 Prozent bestätigt. Als Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, dem höchsten Gremium in der Gesamtorganisation, wurde Monika Brandl bestätigt. Außerdem sind für den Fachbereich 9 im Gewerkschaftsrat: Kornelia Dubbel, Birgit Nebl-Doser, Karin Topel, Daniela Catalano und Constantin Greve.

Unisys streikt weiter für einen Tarifvertrag

„Wir haben unser Potenzial bei Unisys noch nicht ausgeschöpft“, so Thomas Müller, Unternehmensbetreuer von Unisys, nach dem zweiten Warnstreik Anfang September. 70 Prozent der Belegschaft hatten sich dafür ausgesprochen, dass die Arbeitsbedingungen durch einen Tarifvertrag geregelt werden. Als Antwort auf den ersten Warnstreik in München gab es Abmahnungen des Arbeitgebers mit der unhaltbaren Begründung, die Streikzeit sei mit vier Stunden zu lang. Dies setzt die Beschäftigten unter Druck, doch der zweite Warnstreik folgte. Er war ein deutliches Zeichen, dass die Tariffucht des Arbeitgebers gegen die Interessen der Belegschaft ist. Mit einer Musikkapelle zogen die streikenden Unisys-Kollegen durch Sulzbach im Taunus. Parallel streikten die Techniker im Westen und Norden.



Enquete-Kommission

Große Linien fehlen noch

Die Erwartungen waren hoch gesteckt: Der „Bundestag strebt ins 21. Jahrhundert“, das Parlament werde nun zur „Bühne für die Netzgesellschaft“ – so lauteten Schlagzeilen anlässlich der Konstituierung der Internet-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags im Frühjahr 2010. Was ist daraus geworden? Nach fast eineinhalb Jahren intensiver Kommissionsarbeit fällt die Zwischenbilanz zwiespältig aus: Einerseits ist es tatsächlich gelungen, den lange Zeit kaum beachteten Themen und Konflikten der Netzpolitik deutlich mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Andererseits drohen der Enquete-Kommission die großen Linien ihrer Arbeit in parlamentarischem Klein-Klein und parteipolitischem Gezänk abhanden zu geraten.

Fortsetzung Seite 4

Inhalt

News	
Jugend	S. 2
Kommentar	
Schöne neue Arbeitswelt	S. 3
Enquete-Kommission	
Große Linien fehlen	S. 4/5
Telekom	
Interimgesellschaft zum Glasfaserausbau	S. 5
Netzpolitik	
Interview Lars Klingbeil	S. 6/7
News	
Postlaufbahn, HP	S. 8
Telekom	
Altersteilzeit	S. 9
Internetthemen	
Vorratsdatenspeicherung	S. 10
Adhocracy	S. 11
Bespitzelung	S. 12

Foto: MEV



Internet-Enquete

Die Internet-Enquete soll laut Parlamentsauftrag über ihre Arbeit „regelmäßig und so transparent wie möglich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages“ informieren und Beteiligungsmöglichkeiten anbieten, um „die Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in der Arbeit der Kommission einfließen lassen (zu) können.“ Diesen Anspruch hat das Gremium eingelöst.

Unter www.bundestag.de/internetenquete finden sich zahlreiche Dokumente zu den laufenden Beratungen, Videoaufzeichnungen der Kommissionssitzungen sowie Blogs und Foren mit Kommentaren und Dialogmöglichkeiten.

Darüber hinaus wurde unter der Adresse <https://enquete-beteiligung.de> eine Online-Beteiligungsplattform eingerichtet, auf der man Texte der Kommissions-Projektgruppen kommentieren, eigene Vorschläge einstellen und abstimmen kann.

Enquete-Kommission Große Linien fehlen noch

Die Enquete-Kommission, die je zur Hälfte aus Bundestagsabgeordneten und externen Sachverständigen zusammengesetzt ist, kann sich zwar nicht über eine zu spärliche mediale Resonanz beklagen, allerdings fallen die Überschriften in der Presse mittlerweile deutlich unfreundlicher aus als noch beim hoffnungsvollen Start des Gremiums im Frühjahr 2010. Die Medien kündeten von einer „Kommission kurz vorm Scheitern“, einer „Kommission für Chaos und Streit“ und davon, dass die angestrebte „gemeinsame Internetpolitik auf der Kippe“ stehe.

Anlass für kritische Kommentare bot vor allem der Verlauf der Sitzung der Enquete-Kommission am 4. Juli 2011. Für diesen Tag war die Verabschiedung von Zwischenberichten zu den Themen Urheberrecht, Netzneutralität und Datenschutz geplant, nachdem sich die Kommission bereits zuvor auf ein gemeinsames Dokument zur Medienkompetenz verständigt hatte. Daraus wurde jedoch nichts. Schon bei der Abstimmung der Texte zum Urheberrecht mussten die VertreterInnen der Regierungskoalition einige unerwartete Niederlagen hinnehmen, z.T. votierten auch von FDP und Union nominierte Sachverständige gegen deren Parteilinien. Als sich nun Ähnliches auch für die kontroversen Berichte zur Netzneutralität und zum Datenschutz abzeichnete, setzten die Koalitionsparteien deren Beratung mit formalen Argumenten kurzerhand ab und eine Verschiebung bis nach der Sommerpause durch – offenbar in der Hoffnung, dann doch noch Mehrheiten für ihre Positionen zu bekommen. Vor allem in der Netzgemeinde kam dies keineswegs gut an: „Tricksereien wurden gewittert, Skeptiker fühlten sich bestätigt, die Enquete erlitt einen schweren Reputationsschaden“, so ein Kommentar der FAZ, typisch für den Tenor in weiten Teilen der Presse.

Tatsächlich hat die Kommission mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum einen leidet sie an der schieren Masse der zu behandelnden netzpolitischen Themen, die ihr der Bundestag als Arbeitsauftrag erteilt hat. Dieser umfasst die großen Blöcke „Kultur und Medien“, „Wirtschaft, Arbeit und Umwelt“, „Bildung und Forschung“, „Verbraucherschutz“, „Recht und Innenpolitik“ und „Gesellschaft und Demokratie“,

welche jeweils zahlreiche Unterpunkte aufweisen, die wiederum in insgesamt zwölf Projektgruppen behandelt werden sollen. Bisher konnten allerdings nur zwei davon – die zu den Komplexen Medienkompetenz und Urheberrecht – ihre Arbeit mit einem durch die gesamte Kommission verabschiedeten Bericht abschließen. Man habe „das Thema in seiner Fülle total unterschätzt“, räumt der Kommissionsvorsitzende Axel E. Fischer (CDU) mittlerweile auch ein.

Hinzu kommt ein zweites, nicht minder gravierendes Problem: Die eigentliche Stärke von Enquete-Kommissionen liegt darin, dass sie losgelöst von aktuellen Konflikten agieren und sich mit analytischem Tiefgang und wissenschaftlicher Akribie bedeutsamen Zukunftsfragen widmen können. Mit solchen „aus Abgeordneten und externen Sachverständigen bestehenden Gremien will das Parlament abseits des politischen Tagesgeschäfts Lösungsansätze für komplexe technische, ökonomische oder gesellschaftliche Probleme finden“, so die auf der Bundestags-Website beschriebene Aufgabenstellung solcher Kommissionen. Genau an dieser Distanz zur tagespolitischen Aktualität mangelt es nun allerdings im konkreten Fall: Zentrale Themen der Netzpolitik – etwa Beschäftigten-datenschutz, Vorratsdatenspeicherung, Netzneutralität – sind schon jetzt hochrangig auf der politischen Agenda platziert, oft sehr umstritten und vielfach bereits Gegenstand gesetzgeberischer Initiativen und heftigen Parteienstreits. Manche Fragen, mit denen sich die Internet-Enquete zu befassen hat, sind damit schlicht zu gegenwärtig, zu brisant und zu konfliktträchtig geworden, um sie „abseits des politischen Tagesgeschäfts“ und über Fraktionsgrenzen hinweg beraten zu können.

Trotz dieser schwierigen Umstände ist es der Kommission gelungen, die netzpolitische Debatte in Deutschland zu verbreitern, zu intensivieren und besser zu fundieren. So hat beispielsweise noch kein politisches Gremium in Deutschland zuvor so eingehend und sachkundig das facettenreiche Thema der Netzneutralität erörtert. Der im Entwurf vorliegende, aus den genannten Gründen aber noch nicht verabschiedete Enquete-Bericht wird der interessierten Öffentlichkeit nicht nur eine Fülle an Informationen über die technischen, ökonomischen und politischen Aspekte von

Netzneutralität zugänglich machen, sondern auch die anhaltenden Kontroversen über die Sinnhaftigkeit einer Differenzierung von Datenpaketen im Netz verdeutlichen. Zudem will die Kommission auf Initiative von Lothar Schröder, ver.di-Fachbereichsleiter TK/IT/DV, noch ein Gutachten vergeben, das sich der Klärung einer bislang vernachlässigten, für die ArbeitnehmerInnen aber elementaren Frage widmen soll: derjenigen nach den „voraussichtlichen quantitativen Wirkungen“, die „sich aus unterschiedlichen Netzneutralitätsszenarien für die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland“ ergeben. Solide und plausible Erkenntnisse hierzu wären in der Tat der Qualität der weiteren Debatte ausgesprochen zuträglich.

Dies gilt auch für das weit gespannte thematische Spektrum, dem sich die Kommission in den kommenden Monaten in der Projektgruppe „Wirtschaft, Arbeit, Green IT“ zu widmen gedenkt. Welche Auswirkungen hat die Entwicklung großer globaler Internetkonzerne? Wie verändert sich die Arbeitswelt durch Digitalisierung, Vernetzung, mobiles Arbeiten? Welchen Beitrag kann die Informationstechnik zum Umwelt- und Klimaschutz leisten? Bis Mai 2012 soll die Projektgruppe zu solchen Fragen Fakten sammeln und Handlungsempfehlungen formulieren. Daneben haben sich noch drei weitere Projektgruppen konstituiert: „Demokratie und Staat“, „Bildung und Forschung“ und „Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz“. In letzterer wird es unter anderem um den Breitbandausbau gehen, konkretisiert in der Frage: „Wie kann gewährleistet werden, dass der Bevölkerung dieses Landes in den nächsten Jahrzehnten ein Internetzugang zur Verfügung steht, der tatsächlich ihren Bedürfnissen entspricht?“

Man sieht: Die Kommission hat sich noch eine ganze Menge vorgenommen. Und viele ihrer Themen berühren wichtige Interessen der Beschäftigten aus dem Telekommunikations- und IT-Sektor. Allein dies sollte Grund sein, die weitere Arbeit der Internet-Enquete mit kritischer Aufmerksamkeit zu begleiten.

Michael Schwemmler

Fiber to the Home

Interimgesellschaft zum Glasfaserausbau

Der Vorstand der Deutschen Telekom ist der ver.di-Intension gefolgt und hat angekündigt noch mehr Mittel für den Glasfaserausbau zur Verfügung zu stellen. Im nächsten Ausbauschnitt soll Glasfaser direkt in die Wohnungen der Kunden in ausgewählten Gebieten verlegt werden – Fiber to the Home (FttH) lautet das Stichwort. Das gibt Perspektiven für Kunden und Beschäftigte.

Mit dem FttH-Ausbau legt die Telekom ihre personellen Abbaupläne beim Technischen Service und in der Netzproduktion auf Eis. Das Unternehmen verzichtet auf eine externe Vergabe bzw. turn-key-Projekte bei den Ausbaurbeiten. Stattdessen wird eine volltarifizierte Interimgesellschaft gegründet. Dort gelten prinzipiell die Tarifverträge, die auch in den Service-Gesellschaften zur Anwendung kommen. Damit verbessern sich die Chancen für Nachwuchskräfte und Neueingestellte. Vor allem junge Kolleginnen und Kollegen, denen bisher in der Leiharbeitsfirma VIS Beschäftigung angeboten wurde, bekommen somit eine echte Chance. Für sie kann in der geplanten FttH-Gesellschaft ein gewaltiger beruflicher Einkommensfortschritt erreicht werden. ver.di kann für sich in Anspruch nehmen, zumindest für die technischen Funktionen den EqualPay-Ansatz durchgesetzt zu haben. Dort wo bisher Leiharbeiter auf niedrigstem Bezahlungsniveau tätig waren, gelten jetzt die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Telekom.

Noch weiß der Vorstand nicht, ob das ehrgeizige Programm von den Kunden angenommen wird. Deshalb wird diese Gesellschaft nur befristet gegründet. Folglich werden auch die Beschäftigungsverhältnisse befristet, was somit einen Wermutstropfen darstellt.

Es besteht aber die Möglichkeit, sich auf einen festen Arbeitsplatz zu bewerben, zum Beispiel in den Service-Gesellschaften. Die bereits verabredeten tarifvertraglichen Übernahmequoten bleiben unberührt, darüber hinaus werden ab dem Jahr 2014 jeweils 100 zusätzliche Nachwuchskräfte in den Technischen Service und in die Netzproduk-

tion überführt werden können, wenn das Geschäftsmodell läuft.

Wichtig für die TS- und NP-Beschäftigten

Es wird bei den Arbeitsbedingungen keinen Unterbietungswettbewerb zu den T-Service-Gesellschaften geben und die dort Beschäftigten werden auch nicht in die neue Gesellschaft gedrängt. Dafür bieten Verträge Sicherheit. In der neuen Gesellschaft braucht man aber insbesondere auf hervorgehobenen Funktionen das Know-how von den schon vorhandenen Service-Gesellschaften. Deshalb hofft die Telekom Freiwillige zu finden, die unter verbesserten Montagebedingungen zeitweise in der neuen Gesellschaft arbeiten wollen – mit Rückkehrgarantie.

Die genannten positiven Beschäftigungseffekte sind ein gutes Ergebnis. Vor allem weil der Glasfaserausbau zwar beschäftigungswirksam ist, aber ein zeitbefristetes Projekt bleibt. Auch ist die Lösung über die Interimgesellschaft positiv zu bewerten, da durch das NextGenerationNetwork mit negativen Rationalisierungswirkungen zu rechnen ist.

Vor diesen Hintergründen ist es auch sinnvoll, gleichzeitig für die älteren Beschäftigten in den Service-Gesellschaften Altersteilzeitregelungen zu verabreden, was ver.di gelungen ist. Mittelfristig kann aus beiden Initiativen ein zukunftsfähiges Konzept erwachsen. Nachwuchskräfte können in den Service-Gesellschaften dauerhaft Beschäftigung finden, wo die Netze der Zukunft betrieben werden und ältere Beschäftigte die Möglichkeit in Anspruch genommen haben in Altersteilzeit zu gehen.

Jetzt muss es darum gehen, aus der Interimbeschäftigung eine dauerhafte zu machen. Dazu gehört auch der Geschäftserfolg des neuen Angebots. Es bleibt zu hoffen, dass die Überzeugungsanstrengungen des Vertriebs erfolgreich sind und sich herumspricht, dass in Zukunft nur Glasfaser in der häuslichen Umgebung noch eine bessere Perspektive als VDSL oder Breitband-Kabeltechnik bieten kann. Die Zukunft wird breitbandig. Die Beschäftigung sollte dauerhaft werden.

Jürgen Richter, Lothar Schröder

Interview Lars Klingbeil

Fragen zur Netzpoltik

■ Komm:

Dass sich eine Enquete-Kommission mit dem Thema Netzpoltik beschäftigt, lässt Tiefenanalysen abseits des aktuellen politischen Geschäfts und eine seriöse Aufarbeitung eines wichtigen Themas vermuten. Arbeitet die Enquete-Kommission aber tatsächlich so, dass aus gemeinsam getragenen Analysen ohne Taktiererei Schlussfolgerungen abgeleitet werden, die unbeachtet der Fraktionszugehörigkeit getragen werden?

■ Lars Klingbeil:

„Zunächst ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass die Enquete-Kommission sich mit den mittel- und langfristigen Fragen des Wandels zur digitalen Gesellschaft befasst und sie bietet die Chance, diese Fragestellungen intensiv und unabhängig von den Fraktionsgrenzen und ohne tagespolitischen Streit gemeinsam mit den benannten Sachverständigen zu diskutieren. Dies ist in der bisherigen Arbeit der Enquete-Kommission oft gelungen, leider aber nicht immer.



Lars Klingbeil,
SPD-Bundestagsabgeordneter
Foto: privat

Vor allem was die Bestandsaufnahmen betrifft – gleich ob es sich um Urheberrecht, Datenschutz, Medienkompetenz oder Netzneutralität handelte – , ist es oft gelungen, unabhängig von den tagespolitischen Zwängen diese Themen sehr intensiv und offen zu diskutieren. Ausnahmen waren aber beispielsweise das Thema Arbeitnehmerdatenschutz: Hier waren die Koalition und einige von ihr benannte Sachverständige eigentlich zu keinem Zeitpunkt bereit, dieses Thema auch nur ansatzweise zu diskutieren, weil jede Diskussion die Unzulänglichkeit des vorliegenden Gesetzentwurfes offenkundig gemacht hätte. Doch die bereits erfolgten Abstimmungen, beispielsweise zum Urheberrecht und auch zur Bestandsaufnahme der Projektgruppe Datenschutz, haben gezeigt, dass sich auch die von der Koalition benannten Sachverständigen nicht zwingend an die Fraktionsvorgaben halten. So konnten wir auch in der Kommission für einige sehr wichtige Fragestellungen auch gegen die Koalition Mehrheiten erreichen. Ich hoffe sehr, dass uns dies auch bei den noch ausstehenden Texten und Handlungsempfehlungen zu Netzneutralität und Datenschutz und insbesondere auch zum Arbeitnehmerdatenschutz gelingt – und die Chancen stehen auch nicht schlecht. Insgesamt ist es als Erfolg anzusehen, dass es gelungen ist, dass die Netzpoltik im Deutschen Bundestag nicht mehr als Nischenthema wahrgenommen wird, sondern vielmehr Eingang in alle Politikbereiche gefunden hat.“

■ Komm:

Die SPD hat Lothar Schröder als Sachverständigen für die Enquete-Kommission benannt. Damit hat ver.di die Möglichkeit, gewerkschaftliche Positionen in die Enquete-Kommission einzubringen. Gibt es Spannungen zwischen den Positionen der SPD und dem was ver.di an Positionen hat?

■ Lars Klingbeil:

„Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, Lothar Schröder als Sachverständigen für die Mitarbeit in der Enquete-Kommission

„Internet und digitale Gesellschaft“ zu gewinnen. Nach etwas mehr als einem Jahr Arbeit der Enquete-Kommission kann ich feststellen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und den von uns benannten Sachverständigen hervorragend funktioniert – und zwar weit über die Grenzen der Arbeitsgruppe der Enquete-Kommission hinaus. Lothar Schröder hat sich sehr intensiv in die Diskussionen zu den Themenbereichen Datenschutz und Arbeitnehmerdatenschutz, Netzneutralität und Urheberrecht eingebracht und dort natürlich auch gewerkschaftliche Positionen vertreten. Spannung zwischen den Positionen der SPD und von ver.di gab es eigentlich nicht, wohl aber mit den von der Koalition benannten Branchenvertretern. Im Gegenteil: Es gibt auch zu zahlreichen tagespolitischen Fragestellungen, wie die Positionierung zur Vorratsdatenspeicherung oder zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes, eine enge Abstimmung zwischen der Fraktion und den Sachverständigen.“

■ Komm:

Ein wichtiges Thema ist für ver.di der Arbeitnehmerdatenschutz. Gelingt es, abseits des vorliegenden katastrophalen Gesetzentwurfes, über die Enquete-Kommission mehr Arbeitnehmerorientierung in den Gesetzgebungsweg rein zu tragen?

■ Lars Klingbeil:

„Leider waren die Koalition und die von ihr benannten Sachverständigen nicht bereit, sich in der Kommission intensiv mit den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft auch für den Arbeitnehmerdatenschutz zu befassen – es hat nicht einmal eine wirkliche Diskussion hierzu gegeben. Allerdings nimmt der Arbeitnehmerdatenschutz einen großen Raum in dem gemeinsamen Alternativvorschlag der Oppositionsfraktionen für die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe Datenschutz ein, der allerdings noch nicht zur Abstimmung kam. Nachdem die Koalition aufgrund fehlender Mehrheiten eine Abstimmung vor der Sommerpause verhin-

dert hat, sollen die Handlungsempfehlungen nun im Herbst abschließend beraten werden. In dem gemeinsamen Vorschlag der drei Oppositionsfraktionen heißt es ausdrücklich, dass es im Bereich des Datenschutzes für Beschäftigte gesetzgeberischen Handlungsbedarf gibt und dass hierbei insbesondere die Rechte der Beschäftigten bei Überwachung und Screening zu wahren sind. Gefordert wird ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz.“

■ Komm:

Für die Beschäftigten in der Telekommunikationsbranche verbindet sich mit dem Thema Netzneutralität auch der Anspruch auf Investitionsanreize und die Hoffnung auf sorgfältige Analyse der Beschäftigungswirkung. Was sagt die Enquete-Kommission dazu?

■ Lars Klingbeil:

„Die Projektgruppe Netzneutralität hat sich sehr intensiv mit dieser Fragestellung befasst und festgestellt, dass es hier noch erhebliche Informationsdefizite gibt. Auf Vorschlag von Lothar Schröder und der SPD-Bundestagsfraktion hat die Enquete-Kommission ein Gutachten „Netzneutralität und Beschäftigung“ in Auftrag gegeben, welches sich noch einmal sehr intensiv mit dieser Fragestellung auseinandersetzen und dann in der Kommission auch hinsichtlich möglicher Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag beraten werden soll.“

■ Komm:

Über das Thema Arbeit, Wirtschaft und Green IT ist noch nicht gesprochen worden. Um welche Aspekte wird es gehen und wann wird dieses wesentliche Thema auf die Tagesordnung der Enquete-Kommission gesetzt werden?

■ Lars Klingbeil:

„Die Projektgruppe Wirtschaft, Arbeit, Green IT hat sich vor der Sommerpause konstituiert und ist gegenwärtig dabei, die Schwerpunktthemen zu sammeln und zu priorisieren und das Arbeitsprogramm zu erstellen. Über das konkrete Arbeitsprogramm soll nun unmittelbar nach der Sommerpause gesprochen werden. Gemeinsam mit unseren Sachverständigen haben wir beschlossen, dass wir die Arbeitsgruppe Wirtschaft, Arbeit, Green IT und die Projektgruppe Demokratie und Staat zu den Schwerpunktthemen in der parlamentarischen Arbeit der Enquete-Kommission machen werden. Für uns werden Lothar Schröder und ich als stimmberechtigte Mitglieder sowie die Sachverständige Cornelia Tausch und mein Kollege Stefan Rebmann in der Projektgruppe Wirtschaft, Arbeit, Green IT mitarbeiten. Schwerpunkte müssen aus meiner Sicht die erheblichen Herausforderungen sein, mit denen Wirtschaft und Arbeit in der digitalen Gesellschaft konfrontiert werden und insbesondere auch die Herausforderungen – und zwar sowohl die neuen Risiken wie auch die möglichen Potenziale – für die Arbeitswelt in der digitalen Gesellschaft.“